



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie

Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911 - 1917 ; Volksausgabe der im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichten Iswolski-Dokumente

Das Vorspiel, 1911, die Einigung, 1912

Stieve, Friedrich

Berlin, 1926

2. Kapitel: Rüstungsfragen

[urn:nbn:de:hbz:466:1-79744](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-79744)

2. Kapitel
Rüstungsfragen

Handwritten text, possibly a title or page number, faintly visible in the center of the page.

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 20. Januar/2. Februar 1911

Ich habe Ihnen bis jetzt noch nichts über die Frage der Befestigung Vlissingens geschrieben, die so viel Lärm hervorgerufen hat und noch andauernd die hiesige Presse beunruhigt, da ich mich zuerst in den zahlreichen hierüber zirkulierenden Gerüchten zurechtfinden und genau über die Haltung der französischen Regierung in dieser Frage unterrichten wollte. Nachdem ich die Erklärungen H. Pichons im Verlauf der Sitzung vom 16. Januar in Beantwortung der von dem bekannten Chauvinisten Delafosse gestellten Frage mit Aufmerksamkeit durchgelesen habe, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß der französische Außenminister überrascht worden war, und daß ihm selbst seine Erklärungen etwas zu weit zu gehen schienen. Am Tage nach der erwähnten Sitzung schwächte H. Pichon in einer Unterredung mit dem Korrespondenten einer holländischen Zeitung den Sinn seiner Worte merklich ab. Ferner hielt er es für nötig, den französischen Vertretern bei den Kabinetten jener Länder, die den Vertrag von 1839 unterzeichnet haben, ein Telegramm zu schicken, in dem er die genaue Bedeutung seiner Rede erklärt. Dies Telegramm ist Ihnen natürlich von H. Georges Louis mitgeteilt worden. Ich habe es im Wortlaut nicht gesehen, doch hat mir H. Pichon seinen Inhalt wörtlich mitgeteilt. In ihm wird jeder Gedanke einer Einmischung in die Frage der Befestigung Vlissingens zurückgewiesen, und es wird betont, daß H. Pichon in der Deputiertenkammer nicht von der Möglichkeit von Verhandlungen, sondern nur von „freundschaftlichen Unterredungen“ hinsichtlich dieser Angelegenheit zwischen den Garantemächten der Neutralität Belgiens gesprochen hat.

Aus verschiedenen Unterredungen, die ich mit H. Pichon anlässlich der vorliegenden Frage gehabt habe, gewann ich den Eindruck, daß er ihr durchaus ruhig gegenübersteht und keineswegs allzu große Bedeutung beizulegen wünscht. Bis jetzt ist es ihm noch nicht gelungen, die juristische Seite dieser Frage eingehend zu studieren,

deren Prüfung er Spezialisten des Völkerrechts übertragen hat; aber persönlich scheint es ihm, daß Holland das unbestreitbare Recht hat, die Mündung der Schelde zu befestigen, was durch die Tatsache bestätigt wird, daß dort schon Befestigungen vorhanden sind, und daß es sich augenblicklich nur um ihren Umbau und ihre Erweiterung handelt. Andererseits zweifeln, wie es scheint, weder H. Pichon noch überhaupt die französische Regierung daran, daß die Idee des Baues der genannten Befestigungen Holland von Deutschland eingegeben wurde, und daß die holländische Regierung, wenn nicht auf Grund eines direkten Vertrages, so doch auf jeden Fall unter dem Druck der Furcht für die Unabhängigkeit Hollands im Fall eines europäischen Krieges handelt. Wenn trotz dieser Überzeugung H. Pichon und seine Kollegen ihre Ruhe und Kaltblütigkeit bewahren, so kommt dies, wie mir scheint, daher, daß man hier schon längst zu dem Schluß gelangt ist, daß Deutschland im Falle eines neuen französisch-deutschen Krieges auf jeden Fall und unbedingt die belgische Neutralität verletzen wird. Deshalb trägt man hier den Befestigungen von Vlissingen nur als einer sekundären Einzelheit des allgemeinen Planes der deutschen Angriffsoperationen gegen Frankreich Rechnung. Nichtsdestoweniger ist nach Nachrichten, die bis zu mir gedrungen sind, die Pressekampagne, für die das Signal von gewissen belgischen Zeitungen gegeben wurde, dank französischer Subsidien und unter geheimer Beteiligung des französischen Militärattachés in Belgien ins Leben gerufen worden in der Hoffnung, auf diesem indirekten Wege die Verwirklichung des Planes der holländischen Regierung zu vereiteln. Soviel ich bemerken kann, rechnet man hier immer noch auf den Erfolg dieser Kampagne und hofft, daß Holland, wenn es auch nicht völlig auf den genannten Plan verzichtet, ihn doch wenigstens aufschieben oder modifizieren wird.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 7

Paris, den 20. Januar/2. Februar 1911

Die Marineminister, Gelegenheitspolitiker im Stile der Herren Thomson und Pelletan, die einander im Laufe der letzten zehn Jahre in Frankreich folgten, brachten leider eine große Verwirrung in das ihnen unvorsichtigerweise anvertraute Amt. Sie kümmerten sich wenig um die Ausbildung der Schlachtflotte und um eine genügende Ausrüstung der Küstenverteidigung; sie waren über diese Fragen nicht genügend informiert; sie mißbrauchten ihre Stellung zu Partei-

zwecken, indem sie sich zum Beispiel bei Bestimmung der Heimat-
häfen für die Geschwader nicht von marinetecnischen Anforderun-
gen leiten ließen, sondern von den Vorteilen für die vom Standpunkt
des Wahlkampfes wichtigsten Küstenstädte; oder sie begünstigten,
um ihre Popularität zu erhalten, die Werftarbeiter, selbst zum Scha-
den des Flottenbaues. Der Verfall der französischen Seemacht konnte
schließlich nicht umhin, die Aufmerksamkeit der Gesellschaft und der
Presse zu erregen, dank deren Einfluß, unter dem Vorsitz des H. Del-
cassé, eine parlamentarische Untersuchungskommission organisiert
wurde. Wie Euer Exzellenz sich gütigst erinnern werden, führte die
Verhandlung in der Kammer über den Bericht dieser Kommission zum
Sturz des Kabinetts Clémenceau. Als die Macht in die Hände des H.
Briand überging, begann die Regierung damit, die von den vorher-
gehenden Ministerien begangenen Fehler wieder gutzumachen.

Vor allem setzte man wieder einen Fachmann, einen Admiral, an
die Spitze des Marineministeriums, der die Reorganisation in Angriff
nahm. Trotz zahlreicher Schwierigkeiten ist in zwei Jahren schon
etwas im Sinne der Regelung des Dienstes erreicht worden, aber die
Zahl der Schiffe bleibt bis jetzt noch recht gering; so verfügt Frank-
reich in diesem Jahr über nicht mehr als 18 Linienschiffe, von denen
über die Hälfte einem ganz veralteten Typ angehören, und über
20 Panzerkreuzer, die auch zum großen Teil recht veraltet sind. Ein-
zig die Unterseeflotte der Republik kann noch mit den entsprechen-
den Flotten der anderen Seemächte verglichen werden.

Um die obenerwähnte wesentliche Lücke auszufüllen, arbeitete
der Admiral Boué de Lapeyrère ein Flottenbau-Programm aus, das
augenblicklich schon dem Parlament zur Beratung vorliegt. Dies
Programm ist für den Zeitraum von 10 Jahren (1910—1920) berech-
net und sieht den Bau von 16 Linienschiffen und 6 Kreuzern, 20 Tor-
pedoboot-Zerstörern und 50 Unterseebooten vor. Die voraussicht-
lichen Ausgaben, die mehr als 4 300 000 000 Franken betragen, wer-
den nach dem Entwurf folgendermaßen auf die einzelnen Jahre verteilt:

1910	371 426 000 Franken
1911	410 742 000 „
1912	428 741 000 „
1913	438 845 000 „
1914	453 035 000 „
1915	449 009 000 „
1916	459 977 000 „
1917	453 239 000 „
1918	449 475 000 „
1919	418 692 000 „

Es ist aber sehr leicht möglich, daß diese Ziffern noch erhöht
werden. Von den Schiffen, die gebaut werden sollen, sind schon

zwei Linienschiffe von 23000 Tonnen in Arbeit und sollen in drei Jahren vollständig fertig sein.

Die Ausführung des Programms wird teils den staatlichen Werften, teils Privatwerften anvertraut.

Die erwähnten Pläne des gegenwärtigen Marineministers finden gewisse Gegner; diese stützen sich hauptsächlich auf die Unmöglichkeit, ohne Rücksicht auf die Kosten eine Flotte zu schaffen, die imstande wäre, sich mit den Flotten der anderen Mächte zu messen, die Frankreich in dieser Beziehung überholt haben. Diese selben Leute weisen außerdem darauf hin, daß im Kampf mit dem wahrscheinlichsten Gegner, Deutschland, Frankreich viel nötiger eine starke Landarmee brauchen werde als eine Flotte, die im Fall einer Besetzung französischen Geländes durch die deutschen Truppen vollständig unnütz sein würde.

Im Gegensatz hierzu halten die Anhänger des oben entwickelten Programms die Flotte, selbst im Falle eines Krieges gegen Deutschland, für unentbehrlich für Frankreich, um die Landung des Feindes im Rücken der die Ostgrenze verteidigenden Armeen zu verhindern; sie ist ferner notwendig zur Verteidigung der sehr ausgedehnten französischen Küsten sowie zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen dem Mutterland und den Kolonien, zu denen vor allem Algerien und Tunis gerechnet werden müssen; dies um so mehr, als sich die feindlichen Aktionen der österreichischen und italienischen Flotte sehr leicht gegen letztere richten können. Im allgemeinen bestehen Gründe, anzunehmen, daß im Falle eines Konfliktes zwischen den Mächten des Dreibundes und England und Frankreich die englischen Seestreitkräfte hauptsächlich gegen die deutsche Flotte in der Nordsee zu kämpfen haben werden, während es wahrscheinlich den Franzosen obliegen wird, sich im Mittelmeer mit den beiden Verbündeten Deutschlands zu messen. Nicht umsonst gibt die intensive Entwicklung der Seemacht eines derselben — Österreich-Ungarns — vielen Leuten zu denken.

Das Bewußtsein der Notwendigkeit, ihre Flotte selbst um den Preis großer Opfer zu rekonstruieren, scheint sich mehr und mehr in den Köpfen der Franzosen zu festigen, so daß man voraussehen kann, daß der Erfolg des vom Marineamt eingebrachten Flottenprogramms im Parlament gesichert ist. Wie man sagt, beabsichtigt die Regierung ihrerseits, auf der vollständigen Annahme zu bestehen, da sie der Ansicht ist, daß die aufgestellten Forderungen das notwendige Minimum darstellen, und sie scheint dazu bereit zu sein, bei dieser Gelegenheit die Vertrauensfrage zu stellen.

Der nicht unwesentliche Umstand, daß der Berichterstatter der Budgetkommission für das Marineamt ein ebenso bedeutender wie überzeugter Anhänger der Verstärkung der französischen Marine ist, wie H. Delcassé — dessen Einfluß in letzter Zeit erheblich wächst —,

wird auch unstreitig zu einer günstigen Lösung der Angelegenheit im Sinne einer Bewilligung der geforderten Kredite durch die Vertreter der Nation beitragen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 3./16. Februar 1911

Eingetroffen am 6. Februar 1911

Auf dem Original befindet sich der eigenhändige Vermerk Nikolaus' II.

Sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch!

Die ausländische, vor allem die deutsche Presse hat besonders einen Passus der letzthin im Senat vom französischen Minister des Auswärtigen gehaltenen Rede hervorgehoben. Auf die Beschuldigung, daß seit H. Clemenceaus Rücktritt alle Beziehungen in militärischen Fragen zwischen den Kabinetten von Paris und London unterbrochen seien, fragte H. Pichon seine Gegner, woher sie die Nachricht hätten, daß diese Beziehungen nicht mehr bestünden. Die deutschen Blätter beeilten sich, hieraus den Schluß zu ziehen, daß zwischen Frankreich und England eine gegen Deutschland gerichtete Militärkonvention bestehe, was den genannten Zeitungen Veranlassung zu zahlreichen feindlichen Artikeln gegen Frankreich gab.

Ich benutzte meine letzte Zusammenkunft mit H. Pichon, um ihn zu fragen, welches der wirkliche Sinn seiner Worte gewesen sei und ob man aus ihnen schließen müsse, daß tatsächlich ein Meinungs-
austausch über diese oder jene militärischen Fragen zwischen der französischen und der englischen Regierung stattgefunden habe oder statffinde. H. Pichon antwortete mir, daß es ihm notwendig erschienen sei, den ständigen Verdächtigungen seiner Gegner ein Ende zu machen, als ob unter dem gegenwärtigen Kabinett die englisch-französische Entente nicht so lebendig sei wie zur Zeit seines Vorgängers, des H. Briand. Wie Sie wissen, setzte sich H. Clemenceau mit großer Energie für den Gedanken ein, England müsse eine mächtige Landarmee schaffen, und diese Ausführungen waren der englischen Regierung nicht immer angenehm. Als er, Pichon, nach London zur Beerdigung des Königs Eduard reiste, veröffentlichte der „Temps“ einen Artikel in diesem Sinne, der H. Pichon in London in eine sehr heikle Lage brachte. Aber, wenn er es auch nicht für nütz-

lich halte, H. Clémenceau in dieser Hinsicht nachzueifern, so bedeute dies keineswegs, daß er die militärischen Fragen in den französisch-englischen Beziehungen vernachlässige. In Wirklichkeit, sagte er mir, besteht kein Militärabkommen zwischen Frankreich und England. Immerhin hätten die höheren französischen und englischen Militärbehörden ihre Ansichten über die verschiedenen militärischen Möglichkeiten ausgetauscht und führen hierin fort. Es sei ganz natürlich, daß dieser Austausch hauptsächlich zwischen den Marinestäben und Flottenchefs der beiden Mächte stattfinde, die die Rolle der englischen und französischen Flotte für den Fall eines Krieges gegen den Dreibund im voraus festgelegt hätten. Man wisse in Deutschland sehr gut, daß in einem solchen Falle die englische Flotte sich gegen die deutschen Seestreitkräfte wenden würde, während die französische Flotte im Mittelmeer operieren würde, was auch die Verstärkung der Flotte Österreichs erklärt habe.

Auf meine Frage, ob der Chef unseres Generalstabes während seiner letzten Unterredung mit dem Chef des französischen Generalstabes hiervon unterrichtet worden sei, antwortete H. Pichon, er wisse es nicht, aber er halte es in Übereinstimmung mit mir für sehr nützlich, daß wir über den Meinungsaustrausch, der von Zeit zu Zeit zwischen Frankreich und England hinsichtlich der Marineangelegenheiten stattfinde, unterrichtet würden. Ich weiß natürlich nicht genau, ob General Gerngroß irgendwelche Mitteilungen über die von mir berührte Angelegenheit erhalten hat, aber ich halte es für wahrscheinlich, daß, da die Unterredungen zwischen den Chefs der Generalstäbe der Landarmeen stattgefunden haben, die Fragen der Kriegsmarine nicht berührt worden sind. Wenn dieses zutrifft, so ist das zweifellos eine Lücke in unseren Informationen über die französischen Pläne für den Fall eines europäischen Krieges, und es wäre überaus wünschenswert, sie mit der nötigen Vorsicht auf die eine oder andere Weise zu vervollständigen. Unser Marineattaché in Paris, der über die hiesigen Marineangelegenheiten sehr gut unterrichtet ist, bestätigte durchaus die Schlußfolgerungen, die ich aus der Unterredung mit H. Pichon gezogen habe. Kapitän 2. Ranges Poguljaew sagte mir hierbei, daß er in einem ausführlichen dienstlichen Bericht, worin er eine Übersicht über seine nunmehr zu Ende gehende Tätigkeit in Frankreich gibt, gleichfalls die Aufmerksamkeit unseres Marineministeriums darauf lenke, daß es wünschenswert sei, eine unmittelbare Verbindung zwischen dem russischen und dem französischen Marinestab herzustellen, die jetzt vollkommen fehlt.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 16

Paris, den 17. Februar/2. März 1911

In meinem Bericht Nr. 7 vom 20. Januar/2. Februar dieses Jahres hatte ich die Ehre, Eurer Hohen Exzellenz das Flottenprogramm des französischen Marineministeriums auseinanderzusetzen. Ich erinnerte daran, daß die beiden darin vorgesehenen Panzerschiffe schon im Bau begriffen sind und daß zwei andere noch im Laufe dieses Jahres in Arbeit gegeben werden sollen.

Gelegentlich der gegenwärtigen Verhandlungen in der Deputiertenkammer über das Budget des Marineamtes kam also die Frage zur Besprechung, ob der Regierung die nötigen Vollmachten zur Bestellung der beiden neuen obengenannten Fahrzeuge zu erteilen seien.

Während der Debatten über diese Angelegenheit führt die Opposition, in Gestalt der Sozialisten, ihre hauptsächlichsten Angriffe nach zwei Richtungen hin aus.

Vor allem widersetzten sich die Sozialisten überhaupt dem Bau der Schiffe und verlangten, daß die Regierung vor der Ausführung der vorgesehenen Vermehrung der Flotte mit den auswärtigen Mächten in Verhandlungen über eine Beschränkung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser eintreten solle. H. Pichon mußte kategorisch darauf hinweisen, daß ein derartiger Beschluß unannehmbar sei, und ein Vertrauensvotum fordern, damit der besagte Antrag, wenigstens in der Form wie er von H. Sembat eingebracht worden war, zurückgewiesen wurde. Trotzdem hielt es der Minister des Äußeren für möglich, darauf einzugehen, daß die Kammer über den platonischen Wunsch abstimmte, die französischen Delegierten für die nächste Konferenz im Haag damit zu beauftragen, im Einverständnis mit den Vertretern der verbündeten und befreundeten Mächte die Frage der Einschränkungen der Rüstungen aufzuwerfen.

Ein anderer Gegenstand, auf den sich die Angriffe der Sozialisten konzentrierten, war der Beschluß, die genannte Bestellung nicht den staatlichen, sondern privaten Fabriken zu übergeben. Indem sie für die staatlichen Werftarbeiter eintraten, beschuldigten die Sozialisten die Regierung der Absicht, den Kapitalisten und Privatunternehmern diese beträchtlichen Gewinne zuzuschieben. Dem Marineminister gelang es aber nachzuweisen, daß augenblicklich die staatlichen Werften Frankreichs nicht imstande seien, sofort die Herstellung der vorgesehenen Schiffe in Angriff zu nehmen, und daß es mindestens neun Monate dauern würde, bis die augenblicklich in Anspruch genommenen Hellinge frei und weitere Vorarbeiten beendet sein würden.

In kurzer aber glänzender und eingehender Rede wies H. Delcassé in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Marinekommission

auf die Unzulässigkeit einer solchen Verzögerung hin, während fast alle anderen Mächte intensiv mit Schiffsbau beschäftigt sind.

Die Kammer nahm mit riesiger Mehrheit (461 gegen 76 Stimmen) den ersten Artikel des Gesetzentwurfes der Regierung an, durch den die Inangriffnahme des Schiffsbauwesens genehmigt wird; H. Delcassé wurde von zahlreichen Deputierten eine stürmische Ovation dargebracht, die wieder einmal die zunehmende Popularität des früheren Ministers des Äußeren, auf die ich bereits hingewiesen habe, zeigte.

Es ist eigenartig, festzustellen, daß H. Delcassé, der, als er vor anderthalb Jahren H. Clemenceau stürzte, den Zusammenbruch der französischen Marine in so düsteren Farben malte, sich jetzt selbst gegen die übertrieben pessimistische Beurteilung wendet, und daß er, unter Berufung auf die Verbesserungen, die dank der neuen Maßnahmen erreicht wurden, versichert, daß der Zustand der Seestreitkräfte Frankreichs keine übertriebenen Besorgnisse wegen der Sicherheit des Landes einzuflößen brauche.

Bereits einige Tage zuvor hatte sich H. Delcassé in einer Unterredung mit einem Redakteur des „Matin“, die die Aufmerksamkeit sowohl der französischen wie der ausländischen Presse stark auf sich gezogen hatte, in ähnlichem Sinne ausgesprochen. In dieser Unterredung unterstrich der frühere Minister des Äußeren, getreu den Grundsätzen, die er zur Grundlage seiner Außenpolitik gemacht hatte, die Bedeutung der Bündnisse und Ententen für Frankreich, auf die sich zur Zeit die internationale Lage stützt. Die Flotte der Republik, sagte er, ist zur Verteidigung des Landes unter der Bedingung der Aufrechterhaltung dieser Bündnisse und Ententen voll ausreichend.

Nunmehr wiederholt H. Delcassé in seiner parlamentarischen Rede nochmals diese Erklärung, indem er sie noch weiter ausdehnte und auf die Notwendigkeit hinwies, „die gegenwärtigen Bündnisse und Verständigungen nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch praktisch in Anwendung zu bringen“.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 17. Februar/2. März 1911

Wie ich Ihnen eben telegraphierte, ist augenblicklich, d. h. bei der Abfahrt des Kuriers, die Liste des Kabinetts noch nicht offiziell veröffentlicht; aber aus dem, was man über seine Zusammensetzung schon sicher weiß, kann geschlossen werden, daß sich der Präsident

der Republik aus bisher noch nicht bekannten Gründen unter den beiden, in meinem vorigen Brief erwähnten Alternativen: entweder sich an die gemäßigten Elemente, die sich H. Briand anschließen, zu wenden oder auf die extremen radikalen Anhänger des H. Combes zurückzugreifen, für die letztere entschieden hat. Man versichert, daß H. Monis zuerst versucht habe, sich der Unterstützung einiger Persönlichkeiten der gemäßigten Richtung zu vergewissern, daß er aber, nachdem er sich eine Zurückweisung von ihrer Seite geholt, sich entschieden der Linken zugewandt habe. Das neue Kabinett ist in seiner endgültigen Gestaltung ganz aus Persönlichkeiten zusammengesetzt, die sich in letzter Zeit von H. Briand getrennt haben; und es macht in gewisser Hinsicht den Eindruck eines zweiten Kabinetts Combes, nur mit einem anderen offiziellen Chef an der Spitze. Seine zwei charakteristischen Züge sind: eine extrem antiklerikale Gesinnung und eine Neigung, die sozialistischen Forderungen, wie sie bei dem letzten Eisenbahnerstreik zutage traten, zu befriedigen.

Die Ernennung des H. Berteaux zum Kriegsminister, der diesen Posten schon im Kabinett des H. Rouvier von 1904 bis 1905 innegehabt hatte, macht großen Eindruck. Er machte sich damals bemerkbar durch eine systematische Verfolgung der Offiziere, die religiöser Neigungen verdächtig waren, und in letzter Zeit trat er als wirksamer Verteidiger für die streikenden Eisenbahnarbeiter auf.

Die Ernennung des H. Delcassé zum Marineminister verdient ebenfalls besondere Beachtung: Er spielte in letzter Zeit im Parlament hinter den Kulissen eine sehr wichtige Rolle, und erst vor einigen Tagen setzte er sich in glänzender Rede für das neue Flottenbauprogramm ein. Seine Ernennung ruft, wie zu erwarten war, eine lebhaft befriedigte Stimmung in England und eine unverhohlene Unzufriedenheit in Deutschland hervor, wo sich die Presse in den der Kabinettsbildung vorausgehenden Tagen in einer äußerst taktlosen Art gegen ihn wandte.

Am schwierigsten war es für H. Monis, einen Minister des Äußeren zu finden. Er wandte sich nacheinander an die Herren Ribot, Poincaré und de Selves (Präfekt des Seine-Departements), erfuhr aber von diesen drei Persönlichkeiten, die offenbar nicht mit der extremen Richtung des neuen Kabinetts sympathisieren, eine Ablehnung. Augenblicklich ist die Ernennung von H. Cruppi, dem früheren Handelsminister im Kabinett Clemenceau, die wahrscheinlichste. Er ist, wenn man von seiner Teilnahme an der Erhöhung der französischen Zolltarife absieht, im Bereich der internationalen Politik eine ganz neue Persönlichkeit. Auch ist es interessant, daß er soeben von der türkischen Regierung zum Anwalt im Schiedsgericht über die Forderungen der russischen Gläubiger an den türkischen Staatsschatz gewählt wurde.

Indem ich mir eine genauere und begründete Beurteilung der

gegenwärtigen Ministerkrise für ein anderes Mal aufspare, kann ich mich nicht enthalten auszusprechen, daß der erste Eindruck, den das neue Kabinett macht, ein sehr ungünstiger, ja sogar ein beunruhigender ist. Nach H. Briand, der eine große staatsmännische Befähigung, Mäßigung und Gerechtigkeit in den hier so zugespitzten konfessionellen Fragen, sowie eine außerordentliche Energie und Festigkeit in der Unterdrückung der Eisenbahnarbeiterbewegung bewiesen hat, kann man sich nun nicht mehr auf die Rückkehr zu den Methoden des H. Combes, sondern sogar vielleicht auf neue Schritte im Sinne von Konzessionen an die revolutionären Forderungen der Sozialisten gefaßt machen. Es ist klar, daß dies unbedingt Befürchtungen bei den besitzenden Klassen der Bevölkerung erwecken muß. Es werden Stimmen laut, die die Entschließungen des H. Fallières durch den Wunsch erklären, durch ein Experiment die Resultate des extremen Radikalismus zu zeigen, um dann wieder zur Vermeidung des sozialen Chaos auf H. Briand zurückzukommen. Wie dem auch sei, die gegenwärtige neue Phase, in die nunmehr die innere Politik Frankreichs eintritt, muß alle aufrichtigen Freunde Frankreichs in ernstester Weise beunruhigen. Es ist noch zu früh, um sich genau darüber Rechenschaft ablegen zu können, in welcher Weise diese Wendung die äußere Politik unseres Verbündeten beeinflussen kann; ich werde nicht verfehlen, Ihnen mit dem nächsten Kurier ganz eingehend darüber zu schreiben.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 24 Paris, den 18. Februar/3. März 1911

Der neue französische Minister des Auswärtigen, Cruppi, ist heute gleich nach seiner Ernennung und vor jedem anderen Besuch bei mir gewesen; er versicherte mir in den aller kategorischsten Ausdrücken, daß die neue Regierung in den auswärtigen Fragen unbeugsam die Politik des vorigen Kabinetts fortsetzen und daß er selbst alle seine Bemühungen daransetzen werde, um die engsten Bundesbeziehungen zwischen Frankreich und Rußland zu erhalten und zu fördern. In einem langen Gespräche suchte er die dem neuen Kabinett zugeschriebenen radikalen Tendenzen zu widerlegen und erklärte, daß er und seine Kollegen höher als alles übrige die Ordnung im Innern und die Macht Frankreichs nach außen hin stellten. Das neue

Kabinettt wird in verständigen und gemäßigten Kreisen sehr stark kritisiert; aber persönlich hat Cruppi auf mich einen guten Eindruck gemacht.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 26 Paris, den 18. Februar/3. März 1911

Nach Cruppi besuchte mich der neue Marineminister Delcassé, das hervorragendste Mitglied des Kabinetts, dessen Rückkehr zur Macht so lebhaft von der europäischen Presse besprochen wird. Delcassé hat mir alles, was ich von Cruppi über die Unerschütterlichkeit der äußeren Politik Frankreichs und die dem neuen Kabinettt zu Unrecht zugeschriebenen radikalen Tendenzen gehört habe, bestätigt. Außerdem hat er mir erklärt, daß sein Eintritt in das Ministerium eine Garantie für die besondere Sorgfalt bedeutet, die man auf die militärische Kraft Frankreichs verwenden werde. Seine nächste Aufgabe sei die Schaffung einer starken Flotte, und er hofft, nicht später als im August oder September über sechs neue Panzerschiffe verfügen zu können. Er bürgt auch dafür, daß das neue Kabinettt hinsichtlich der Landarmee seine Anstrengungen verdoppeln wird. Obwohl er durchaus nicht die Absicht hat, die Kompetenz seines Ressorts zu überschreiten und Mißtrauen bei Deutschland zu erwecken, versicherte er mich seiner Bereitschaft, mit allen Mitteln die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland möglichst eng zu gestalten, und bat mich, seine Gefühle aufrichtiger Ergebenheit für Rußland Seiner Majestät dem Kaiser zu Füßen zu legen. Delcassé verließ mich, um dem deutschen Botschafter einen Besuch abzustatten.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 27 Paris, den 21. Februar/6. März 1911

Das neue Kabinettt hat sich heute der Deputiertenkammer zum erstenmal vorgestellt. Der Ministerpräsident verlas die Erklärung der Regierung, von der ein genauer Auszug durch die Telegraphenagentur übermittelt worden ist. Obgleich diese Erklärung mit der offensichtlichen Absicht zusammengestellt war, den Radikalismus des Regierungsprogramms zu mildern, wird sie wohl kaum den konser-

vativen Teil der Gesellschaft beruhigen. Im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten proklamierte H. Monis die Unerschütterlichkeit der französischen Außenpolitik, seine Treue zum Bündnis und den Ententen, sowie die besondere Sorgfalt, die die Regierung der Armee und der Flotte zwecks Erhaltung des Friedens angedeihen lassen werde. Gleich nach Verlesung der Erklärung begannen die Debatten über die allgemeine Politik des Kabinetts.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 1./14. März 1911

Durch meine verschiedenen Telegramme kennen Sie bereits im allgemeinen die Umstände, die die Bildung des Kabinetts Monis begleiteten, wie auch die besondere Eigenart der neuen Zusammensetzung der Regierung. Bis jetzt ist noch nicht recht klar ersichtlich, was eigentlich den Präsidenten der Republik dazu veranlaßt hat, die Macht nicht einem Mitgliede der gemäßigten republikanischen Gruppen, die sich H. Briand anschließen, anzuvertrauen, sondern einem Anhänger derjenigen extremen Partei, die trotz ihres großen Einflusses in der Kammer bei der letzten Abstimmung keine absolute Mehrheit für sich erreicht hat. Andererseits ist bekannt, daß H. Monis anfangs versucht hat, sich der Unterstützung einiger gemäßigter Persönlichkeiten, wie Ribot, Develle und anderer, zu versichern und daß er erst nach dem Scheitern dieser Bemühungen sich dazu entschloß, das Kabinett ausschließlich aus extremen Elementen zu bilden. All dieses zusammengenommen bildet der allgemeinen Meinung nach eine Quelle der unbestreitbaren Schwäche des Ministeriums, und man verspricht ihm kein langes Leben. Die Erklärung des H. Monis hat, obwohl sie nach alter Gewohnheit eine ziemlich beträchtliche Mehrheit gefunden hat, in Wahrheit niemand zufriedengestellt; die extremen Parteien sind unzufrieden mit ihrer Mäßigung und dem offensichtlichen Wunsch des Kabinetts, die erregten besitzenden Klassen zu beschwichtigen; die gemäßigten Kreise befürchten nach wie vor die sozial-revolutionären Experimente der neuen Minister und die Erneuerung eines scharfen Kampfes auf religiösem Gebiet. Die wahre Haltung der Kammer und des Landes dem Programm des H. Monis gegenüber wird alsbald an den Tag treten, wenn die Regierung der Lösung der von ihr in Aussicht genommenen Aufgaben nähertritt, hauptsächlich der Frage der Arbeitergesetzgebung, der Einkommensteuer und der Wahlreform. Die Frage der Wiedereinstellung der im Laufe des letzten Streiks durch die Eisenbahngesellschaften aus-

gesperrten Arbeiter kann eine besondere Zuspitzung erfahren. Außerdem wird das neue Kabinett von vornherein eine ganze Reihe sehr wichtiger Entscheidungen in der Marokkofrage zu treffen haben, die sich in der letzten Zeit erheblich verwickelt hat, wie ich es in einem besonderen Briefe eingehend berichte.

Was die internationalen Beziehungen anbetrifft, so habe ich Ihnen bereits in Kürze die Erklärungen mitgeteilt, die mir die Herren Cruppi und Delcassé gemacht haben. Seitdem hatte ich lange Unterhaltungen auch mit den Herren Monis und Caillaux. Sie alle haben mich in der kategorischsten Form der Unerschütterlichkeit der Außenpolitik Frankreichs und des absoluten Festhaltens des neuen Kabinetts am Bündnis mit Rußland versichert. Wenn dabei auch eine gewisse Kritik an der Politik des H. Pichon laut wurde, so geschah dies nur im Sinne der vor kurzem erschienenen Zeitungsartikel, in denen der Vorgänger des H. Cruppi beschuldigt wurde, die Triple-Entente für die gemeinsamen Ziele Frankreichs, Rußlands und Englands nicht energisch genug angewandt und ausgenutzt zu haben. Obgleich H. Delcassé zu betonen versuchte, daß er nicht die Absicht habe, die Grenzen des ihm anvertrauten Marineministeriums zu überschreiten, so wird er der allgemeinen Meinung nach doch unstreitig die Tätigkeit des H. Cruppi beeinflussen, da letzterer in den äußeren Angelegenheiten sehr wenig bewandert ist. In den Unterredungen, die er mit mir hatte, versuchte der obengenannte Minister hauptsächlich mich davon zu überzeugen, daß die neue Regierung nicht nur keine Schwächung der Militärmacht Frankreichs zulassen, sondern sich noch entschlossener für die Entwicklung der Streitkräfte zu Wasser und zu Lande einsetzen werde. H. Delcassé erklärte mir, daß, obwohl wieder „Zivilisten“ an der Spitze der beiden militärischen Ämter stünden, doch die ganze frühere Organisation der höheren militärischen Verwaltungen, wie sie General Brun und Admiral Boué eingeführt haben, beibehalten bleiben wird. Was im besonderen die französischen Marinestreitkräfte anbelangt, so gebe seine, Delcassés, Ernennung zum Marineminister die Gewähr, daß der Flotte eine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden wird, und er hofft, nicht später als im August/September des laufenden Jahres über ein neues Panzergeschwader zu verfügen.

Ich befeißige mich, in meiner Antwort auf die Erklärungen der neuen französischen Minister zu betonen, daß wir keineswegs die Absicht hätten, über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Zusammensetzung der Ministerien oder die Ersprießlichkeit dieses oder jenes Programms der inneren Politik zu urteilen, sondern nur eines wünschten: das verbündete Frankreich auf der höchsten Stufe seines Gedeihens zu sehen. Auf internationalem Gebiet zweifelten wir nicht einen Augenblick an der Kontinuität der französischen Außenpolitik und an der Bündnistreue uns gegenüber. Im allgemeinen scheint es

mir wenig wahrscheinlich, daß das neue Kabinett auf dem Gebiet der sozialen Fragen sehr weit auf dem Wege der radikalen Experimente fortschreitet, und ich nehme an, daß es vor allem versuchen wird, die extremen Parteien durch eine energische antiklerikale Politik zu befriedigen, das heißt gerade in dem Bereich, der uns am wenigsten interessiert.

Bis jetzt habe ich während meiner Unterredungen mit dem neuen Minister des Äußeren noch keine Gelegenheit gehabt, die verschiedenen auf der Tagesordnung stehenden Fragen anzuschneiden. H. Cruppi hat mich gebeten, ihm Zeit zu lassen, die Angelegenheiten in ihren Einzelheiten kennenzulernen. Daraufhin will er mir eine besondere Zusammenkunft zur Prüfung alles dessen, was in diesem Augenblick die Aufmerksamkeit der russischen und französischen Regierungen erregt, bestimmen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski